

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Wernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Mittwoch, den 27. Juli 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Wernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Frankreich für sofortiges Provisorium.

Paris, 27. Juli. (WIB.) Die Agence Havas verbreitet eine Mitteilung, in der sie bestreitet, daß die französische Regierung die Absicht habe, die polnischen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen oder auch unter Umständen, für den Fall des Sturzes der Sowjetregierung, in Rußland einzugreifen. Die daraus bezüglichen Gerüchte hätten in London Glauben gefunden und zum großen Teil den Widerstand amtlicher englischer Kreise gegen die Verstärkung der französischen Truppen in Oberschlesien hervorgerufen. Die französische Regierung werde dem britischen Auswärtigen Amt nochmals beweisen, daß jene Befürchtungen vollständig unbegründet seien.

Die Mitteilung gibt sodann eine Darstellung der französischen Absichten, in der es heißt, Frankreich habe nur eine Sorge, nämlich die Sicherheit seiner Truppen, es habe nur einen Wunsch, nämlich die möglichst baldige Regelung der oberschlesischen Frage. Frankreich wolle ferner, daß die Entscheidung endgültig sei. Deshalb wünsch es eine Verstärkung der Verbandstruppen. Zur Lösung der oberschlesischen Frage könne es mehr oder weniger wirksame Mittel geben. So wäre es möglich, an Deutschland und Polen vorerst die von den beiden Ländern nicht umstrittenen Gebiete jeweils auszuliefern und sämtliche Verbandstruppen in der streitigen Zone zusammenzuführen. Nur würde von französischer Seite gefordert werden, daß die vorläufige Besetzung für die endgültige Teilung in keiner Weise entscheidend sein dürfte. Man könnte auch der deutschen Reichsregierung mitteilen, daß Frankreich, falls Deutschland dem Spruch des Obersten Rates irgendwelche Hindernisse bereiten und sich zu Angriffen gegen die Truppen in Oberschlesien hinrichten lassen sollte, sich vorbehalten, am Rhein seine Antwort zu geben. Schließlich könnte man an die Spitze der Tagesordnung noch die Frage der „Sicherheiten“ stellen. Sollten sich die Vertreter der Verbandsmächte dann doch noch zur Entsendung von Verstärkungen entschließen, so können diese in drei bis vier Tagen an Ort und Stelle sein. Diese Zeitspanne würde genügen, um den Obersten Rat keine Entscheidung treffen zu lassen. Unter solchen Umständen sollte, wie die Agence Havas hervorhebt, wohl eine Verständigung über den zuletzt erwähnten Punkt zustande kommen.

Paris, 27. Juli. (WIB.) Nach der Morgenpresse hat Ministerpräsident Briand, der gestern nachmittags von seinem Landstich nach Paris zurückgekehrt ist, erneut dem französischen Botschafter in London Weisungen erteilt, insbesondere bei der britischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit hinzuweisen, die Sicherheit der französischen Truppen in Oberschlesien zu gewährleisten. Wie der „Matin“ mitteilt, soll Graf St. Austaire sich der Beweisgründe bedienen, die die letzten Berichte aus Oppeln enthalten. Diese Berichte würden heute vormittag der Botschafterkonferenz übermittelt und unmittelbar nachher veröffentlicht werden. Das wesentlichste sei, daß ernsthafte Verstärkungen in dem Augenblick zur Stelle wären, in dem die Entscheidung des Obersten Rates den Beteiligten bekanntgegeben werde. Wäre das nicht der Fall, dann könnten die französischen Vertreter ihre Aufgabe nicht erfüllen und sie würden gezwungen sein, den Befehl an die Truppen zu erteilen, sich in gewissen Gegenden der Intervention zu enthalten.

London, 27. Juli. (WIB.) Ein diplomatischer Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt: Wenn die französische Regierung vor dem Zusammenritt des Obersten Rates neue Truppen nach Oberschlesien entsenden wollte, würde dies die Pariser Beratungen stören. Deshalb hoffe man in London, daß ein solcher Schritt unterbleibe. Ein in französischen Kreisen umlaufendes Gerücht, wonach die gestern erfolgte Rückkehr Sir Harold Stuarths mit einem neuen Vorschlag in Zusammenhang stehe, demzufolge die reindeutschen bzw. die reinpolnischen Gebiete in Oberschlesien den Deutschen bzw. Polen übergeben werden sollen, sei ungenau. Ein solcher Vorschlag sei wohl einmal von der britischen und italienischen Regierung gemacht, aber von der französischen abgelehnt worden. Es würde keinen Zweck haben, einen solchen Vorschlag jetzt zu erneuern, wo man hoffe, die ganze Frage in der Zusammenkunft des Obersten Rates zu regeln.

Pariser Hege gegen Lloyd George und d'Albion.

Paris, 27. Juli. (WIB.) Die Pariser Oppositionspresse greift die Regierung sehr heftig an, weil sie an Lloyd George Zugeständnisse über Zugeständnisse mache. Die schlechteste Baune richtet sich jedoch meist gegen Lloyd George selber. Man beschuldigt ihn, Deutschland gegen Frankreich zu unterstützen, wenn nicht gar zu hegen. Die getroffene Lösung wird ohne Wärme begrüßt. Die Nachgiebigkeit Briands in der Frage der Truppenverstärkungen verstimmt die öffentliche Meinung. Die sozialistische Presse allein ist vollständig zufrieden. Gustave Hervé begrüßt im Leitartikel der „Victoire“ die französisch-englische Einigung mit Begeisterung und empfiehlt die sofortige Aufteilung der oberschlesischen Gebiete, die eine überwiegende deutsche oder polnische Mehrheit ergeben haben, an Deutschland und an Polen. Eugene Bouthier nimmt im „Homme Libre“ entschieden

Stellung gegen die getroffene Lösung. Er bezieht seinen Artikel „Clever gar keine Lösung als eine schlechte“ und häuft Anschuldigungen gegen Lloyd George. Er schreibt: „Wir haben auf die Italiener in Triume geschossen. Das ist schon zuviel. Ich will nicht, daß wir auf die Polen schießen und ich wünsche aufrichtig, daß wir nicht in die Lage kommen, auf die Deutschen zu schießen. Denn Italiener, Polen und Deutsche sind Menschen, sind Völker, die der Geschäftsmann Lloyd George, der Mitschuldige des Lord d'Albion, der gestern noch des unfauleren Handels in seinem dreifachen Telegraphiegeschäft angeklagt wurde und der morgen der Gewinner in den oberschlesischen Bergwerken sein wird, gegen uns zu hegen sucht.“ — (Sobald ein ausländischer Staatsmann nicht nach der Weise der französischen Imperialisten tanzen will, läuft er Gefahr, von der Boulevardpresse beschuldigt zu werden, silberne Köpfe zu stehlen. Der tugendhafte Herr Louvier und seine gleichgesinnten Kollegen läten vielleicht besser, sich zuerst im eigenen Hause nach dem Rechten umzusehen. Herr Minister Douceur ist wahrscheinlich noch ein viel betriebamerer „Geschäftsmann“, als der englische Premierminister. Und vielleicht gibt sich einmal die Pariser Presse, die stets englisch-deutsche Kapitalisteninteressen wittert oder anlagt, wenn die Kombinationen ihrer eigenen Kapitalisten durchkreuzt werden, die Mühe festzustellen, ob nicht auch gewisse französische Diplomaten große Geschäftsmacher sind... Die Red.)

Die Abrüstungskonferenz gefährdet.

Paris, 27. Juli. (WIB.) „Chicago Tribune“ meldet aus Washington, daß die französische Regierung als Vorbedingung für die Abrüstungskonferenz eine englisch-französisch-amerikanische Allianz fordern werde. Es werde indessen als höchst zweifelhaft angesehen, ob der Senat irgendein derartiges Abkommen ratifizieren würde, falls die Regierung einen Vertrag zu diesem Zweck beabsichtigen und unterstützen sollte.

Belagerungszustand in Moskau?

Reval, 27. Juli. (WIB.) Aus Moskau wird gemeldet, daß infolge der großen Unruhen der Belagerungszustand über Moskau proklamiert worden ist. Helsingfors, 27. Juli. (WIB.) In Moskau hat dieser Tage eine allgemeine Verammlung der Sowjetautoritäten stattgefunden, an der u. a. Kamenev, Maxim Gorki und die Gräfin Alexandra Tolskoi teilnahmen. Die Lage wurde als äußerst kritisch bezeichnet. Kamenev stellte im Namen der Regierung mit, daß sie bereit sei, mit allen Parteien zu arbeiten, um Rußland, das jetzt in Wirklichkeit vor dem Tode steht, zu retten.

Die Debatte in Lille.

Lille, 27. Juli. (WIB.) Der Gewerkschaftskongress hat gestern nachmittag die Diskussion über den Tätigkeitsbericht der CGT. begonnen. Die beiden ersten Redner, ein Delegierter der Handelsangestellten von Bordeaux und ein Vertreter der Dockarbeiter in Brast sprachen für die alte Mehrheit. Ramentlich der erste Redner wandte sich scharf gegen die Moskauer Internationale und sagte, er ziehe es vor, immer mehr Wohlstand zu erobern als eine Revolution mitzumachen, die nur das Elend vermehre.

Lille, 27. Juli. (WIB.) In der Nachmittagsitzung des Kongresses der CGT. hat die Vollmachtskommission ihren Bericht vorgelegt. 2846 Mandate wurden ratifiziert und ungefähr 60 als zweifelhaft bezeichnet. Die Ausschließungen kamen nicht in Betracht. Alle Vollmachten waren ohne Unterschied von den verschiedenen Gewerkschaftsbünden gültig verteilt. Es wurde beschlossen, die Zahl der Redner nicht auf zehn zu reduzieren, sondern die Debatte solange fortzusetzen, als dies der Kongress für gut hält. Pieffer verlangte, daß der Bericht bezüglich der Zeitung „Le Peuple“ abgefordert werden solle. Als der Redner die Tribüne verließ, brach er von einem Schlaganfall getroffen zusammen. Er wurde aus dem Saal getragen. Man hörte noch mehrere Redner, die gegen oder für das Exekutivkomitee sprachen. Die Sitzung wurde dann aufgehoben, und der Kongress vertagte sich auf Mittwoch.

Interparlamentarischer Kongress.

Stockholm, 27. Juli. (WIB.) Zum 10. Kongress der Interparlamentarischen Union, der vom 16. bis 19. August in Stockholm stattfindet, liegen bisher Anmeldungen vor aus Deutschland, Kanada, Dänemark, Finnland, Griechenland, Großbritannien, Japan, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, der Schweiz, Spanien, den Vereinigten Staaten, Ungarn und Oesterreich. Der Kongress wird folgende Fragen behandeln: Interparlamentarische Union und der Völkerbund, die Interparlamentarische Union und das Internationale Arbeitsbureau, die Einschränkung der Rüstungen, die internationale Wirtschaft und das Finanzproblem, Wiederaufbau der Welt und der Völkerbund, die Organisation des Untersuchungs- und Einigungsverfahrens innerhalb des Völkerbundes.

Wehrhaftigkeit im Parteiprogramm.

Von Hermann Schühinger, München.

Wolff Braun sagt in der vergangenen Jahr erschienenen Schrift „Das Programm der Sozialdemokratie, Vorschläge für seine Erneuerung“ unter seinen einleitenden Worten: „Die dritte und vierte Forderung des Gegenwartsprogramms sind nicht Gegenstand der Kritik geworden, nämlich: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit: Volkswehr an Stelle der stehenden Heere — — —“

Der neue Programmentwurf enthält nun weder eine Kritik dieses ehemaligen Programmpunktes im Kommentar, noch erwähnt er ihn überhaupt im Text selbst. Die einzige Stelle, die ihn einigermaßen andeutet, heißt: „Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischer Zwecke.“

Unter Bezugnahme auf meine in Heft 1, 3, 9 und 10 des Jahrgangs 1921 erschienenen Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ möchte ich mich im folgenden gegen eine völlige Ausschaltung des Wehrhaftigkeitsgedankens im Parteiprogramm wenden.

Es ist ganz klar, daß uns Sozialisten im gegenwärtigen Augenblick alles andere näher liegt wie das Festhalten an den Rudimenten des alten Militärstaates; vor allem die außenpolitische Wirkung einer Neuaufstellung des auf dem Grund der allgemeinen Wehrpflicht aufgebauten Militärsystems sowohl auf die Kriegstreiber wie die Arbeitergenossen der Entente länder ist in ihrer Schädlichkeit voll und ganz einzuwerten; es liegt auch auf der Hand, daß wir auf absehbare Zeit hinaus gezwungen sein werden, nicht allein die ehernen Finanzdikate der Entente, sondern auch ihre geheimen Wünsche zu respektieren — — — trotzdem möchte ich die Verfasser des neuen Programms darauf hinweisen, daß sie ein Werk schaffen sollen, das nicht bloß Jahre, sondern vielleicht Jahrzehnte überdauern soll, ein Werk, das seinen Zweck nur erreicht, wenn es durch seine Schöpfer befehligt wird, in die breiten Massen des Volkes zu dringen und im gefunden Volksempfinden einen Widerhall zu erwecken, der eine parlamentarische Wehrheit zum Ausbau des sozialistischen Staates mit zwingender Notwendigkeit wachrufen muß.

Ob das gelingt durch Verbannung des Nationalgedankens in ein Massengrab und Versiegelung desselben mit den Zaubersprüchen eines ungesunden, utopischen Pazifismus — das möchte ich sehr bezweifeln! Eine Generation, die vom 17jährigen Jungen bis zum 45jährigen Mann, förmlich in einer geschlossenen Kette aus den Schranken des Militärs- und Kriegstaates in die Tore eines Friedensstaates getreten ist, wird sich die schwersten Erinnerungen ihrer Jugend- und Mannesjahre, ganz gleich in welchem Licht sie ihr jetzt erscheinen, nicht über Nacht ausblafen lassen.

Zweifellos muß die Sozialdemokratie die erste Vorkämpferin des Völkerrfriedens sein; über das Ziel sind wir uns alle einig; nur die Wege, die dorthin führen, dürfen in unseren Augen verschiedene Gangbarkeit aufweisen. Ein großer Teil des Volkes, den wir für unsere wirtschaftlichen Ideen erfassen wollen und können, wird uns einfach nicht verstehen, wenn wir einen Pazifismus etwa im Sinn der Quäter mit dem Ideal jeder Kriegsdienstverweigerung propagieren. Es handelt sich um die außerordentlich wichtige Frage des Vaterlandsgedankens und seiner Erfassung im Sinn der proletarischen Internationale, die uns entweder von den rechts von uns stehenden Volksgenossen durch eine unüberwindliche Kluft trennen wird oder ein gegenseitiges Verständnis für die Verflechtung von Heimatliebe und Solidarität der Schaffenden aller Länder schaffen wird, so etwa wie es Jean Jaurès in seinem vorbildlichen Buch „Vaterland und Proletariat“ versucht hat. Diese Verknüpfung spricht sich am deutlichsten aus in seinen Worten: „Das Vaterland den Leuten entreißen, die das Vaterland gepachtet haben, den Kasten des Militarismus und den Räuberbanden der Finanz — — allen Nationen die unbegrenzte Entwicklung zur Demokratie gestatten, das heißt nicht nur der Internationale und dem internationalen Proletariat dienen, das heißt dem Vaterland selbst dienen!“

Dieses ständige Unterstreichen des Vaterlandsgedankens hat unter der Führung Jaurès die französische sozialistische Bewegung zuzeiten viel tiefere Wurzeln schlagen lassen wie anderswo. Trotzdem dürfen wir aus den Gedankengängen Jaurès nicht alles übernehmen, was er für die Wehrhaftigmachung des französischen Volkes vor allem in seinem Buch „Die neue Armee“ geschrieben hat.

Jaurès schreibt für ein Zeitalter, das dem Weltkrieg entgegengeht und die kommende große Explosion förmlich schon in den Fingerspitzen verspürt. Hieraus erklärt es sich, daß ein Führer des internationalen Proletariats förmlich zum Vorkämpfer der Volksbewaffnung für Parlament und Armee wird. Es ist wunderbar zu lesen, wie ein Arbeiterführer die Wehrheit

eines Clausewitz, Napoleon und Wolfe ebenso meistert wie die seiner Zeitgenossen, des General Bangois und des Capitaine Gibelet; wie er dann die doppelte Aufgabe der Arbeiterschaft gegenüber dem Armeesystem folgendermaßen präzisiert: „Das Proletariat muß beweisen, daß es nicht aus furchtamer Selbstsucht, nicht aus knechtischer Feigheit den Militarismus und den Krieg bekämpft, sondern daß es ebenso entschlossen und bereit ist, die volle Tätigkeitsentfaltung eines wohltaft volkstümlichen Armeesystems zu sichern wie die Anführer von Konflikten niederzuschlagen! Erst dann wird es mit der großen Kraft des historischen Vaterlandes die ideale Kraft des neuen Vaterlandes, die Menschheit der Arbeit und des Rechts in sich tragen!“

Diese doppelte Aufgabe müssen diejenigen vor Augen haben, die der deutschen Sozialdemokratie neue Wege in die Zukunft zeigen wollen. Selbstverständlich darf das Zeitalter Jaurès, das Zeitalter des Weltkriegens nicht wiederkehren, das Zeitalter, von dem Jaurès in seiner letzten Rede in Vaise sagt: „Jedes Volk schreitet mit einer Fackel in der Hand durch die Straßen Europas und nun ist der Brand da!“

Aber trotzdem dürfen wir den gesunden Geist im Volk, der ein Zurechtfinden bei Vergewaltigung verlangt, nicht voll und ganz verleugnen, wenn wir nicht selbst den Boden preisgeben wollen, auf dem wir in Breite und Tiefe aller schaffenden Stände eindringen wollen.

Die Miliz als Programmpunkt der sozialistischen Partei war nicht allein ein außenpolitisches Moment, wenn auch Jaurès der französischen Armee die Wege zur Ausbildung der Reservejahrgänge und Rebel der deutschen die Anlegung des feldgraunen Waffenrocks gewiesen hat, sie war auch ein Faktor des Schutzes gegen Ausbeutung und Vergewaltigung. So sagt Singer in dem Fraktionsbericht 1900: „In der Volkswaffenbewegung erblickt man nicht nur einen wirksamen Schutz gegen Bestrebungen, den Militarismus als Werkzeug des Kapitalismus zur Niederwerfung der Arbeiterklasse zu benutzen, sondern sie bietet auch einen unübersteigbaren Wall gegen Angriffe auf die Volksrechte, deren Erhaltung und Erweiterung die geschichtliche Mission des Proletariats ist.“

Ist dieser Schutz durch die notgedrungene Einführung eines Söldnerheeres mit halb feudalen, monarchistischen Offizieren in einem Land der Bureaucratie und des Kastendunks nicht viel nötiger geworden wie unter dem Regulativ der allgemeinen Wehrpflicht?

Die wirtschaftliche und politische Einstellung der Zweiten Internationale gravitiert allerdings stark nach dem internationalen Rechtsstaat, und der Genfer Kongreß stellt demgemäß auch die Forderung nach einer internationalen Polizei auf. Kein Wunder, daß sich die Geister auch in der Wehrfrage entsprechend scheiden und Trotz auf dem Kongreß der 3. Internationale die Miliz Rebels und Jaurès als „Objekt kleinbürgerlicher Illusionen in der Heeresorganisationsfrage“ weit von sich weist und für seine imperialistische Zwecke einer Arbeiter- und Bauern-(Klassen-)Miliz das Wort redet.

Wir müssen in der Behandlung dieses Programmpunktes uns von den Extremen der pazifistischen Verneinung jeglicher Wehrziehung und der kommunistischen und konterrevolutionären militärischen Wehrpropaganda innerhalb der Arbeiterschaft fernhalten und deshalb schlage ich vor, in das Programm einzufügen: „Völkerbeziehungen und Internationale“, Punkt 8: Erziehung der nationalen Wehrmacht zur Erfüllung der Aufgaben des internationalen Rechts, körperliche Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit unter Ausschaltung des Haß- und Rachegeistes.

Die fernere Zukunft mag es dann mit sich bringen, wie unsere Arbeiterjugend im Rahmen des Volksganzes das Ideal unserer Vaterlandsidee und deren Verwirklichung mit Herz und Hand zum Sieg führen wird!

Ein verzögertes Rechtsverfahren.

Zu den merkwürdigen Vorgängen bei der Charlottenburger Hundertschaft z. B. wird uns heute neues Material in Form eines Schriftwechsels mit dem Berliner Polizeipräsidenten zur Verfügung gestellt. Der Schriftwechsel bestätigt die Richtigkeit unserer Behauptung, daß die Angelegenheit mit einer geradezu sträflichen Nachlässigkeit behandelt wurde. Das erste Schreiben datiert vom 2. März 1921 an das Berliner Polizeipräsidenten und enthielt etwa folgendes:

Im Dezember v. J. habe der ehemalige Wachtmeister Steinreich dem Vorstand des Verbandes der Beamten der Schutzpolizei Angaben über einen ungeheuren Verkauf von Infanteriemunition durch die Abteilung Zehlendorf gemacht, die für den Führer der Polizeibehörde Zehlendorf, Herrn Major Hermann, Hauptwachtmeister Berran und andere außerordentlich belastend gewesen seien. Seit der Aufnahme des durch Hauptmann Scharow im Polizeipräsidenten gemachten Protokolls seien drei Monate vergangen und man habe bis zum heutigen Tage noch nichts von dem Ergebnis der Untersuchungen gehört.

Am 4. März, also zwei Tage darauf, erfolgte vom Polizeipräsidenten, gez. Koll, eine Antwort, in der mitgeteilt wurde, die Anzeige über den Verkauf der Munition sei zum Gegenstand eingehender polizeilicher Ermittlungen gemacht worden, mit denen der Leiter der Abteilung IA, Regierungsrat Dr. Weik, beauftragt worden sei. Die Ermittlungen hätten sich in die Länge gezogen, da ein Beamter der Schutzpolizei, der als Hauptteilnehmer verantwortlich vernommen werden mußte, erst im Februar von einem längeren Urlaub zurückgekehrt sei. Nach Klärung der zivilrechtlichen Frage, ob ein Rechtsanspruch des Reiches gegen diejenigen Beamten der Schutzpolizei bestehe, die für den Verkauf der Munition Prämien in Empfang genommen hätten, werde die Ermittlung der Staatsanwaltschaft weitergegeben werden. Hierauf wurde der ganze Vorgang dem Kommandeur der Schutzpolizei zur Prüfung der Frage vorgelegt werden, ob gegen die in Frage kommenden Beamten disziplinarisch einzuschreiten sei.

Trotz dieses Schriftwechsels muß festgestellt werden, daß heute, nach achtmonatlicher Untersuchung, kein Beamter vom Dienst suspendiert worden ist, während Beamte, die z. B. aus Anlaß des Kapp-Putsch es eidbrüchigen Vorgehens den Gehorsam verweigert hatten, bis zum Februar d. J. suspendiert waren. Wir möchten die zuständigen Behörden auf den § 161 der St.P.O. verweisen, nach dem die Behörden und Beamten der Polizei- und Sicherheitsdienste strafbare Handlungen zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen haben, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten. Was die Führung der Untersuchung anbetrifft, so muß nochmals erklärt werden, daß eine reifliche Aufklärung nur möglich ist, wenn die Beamten der heute noch bestehenden Beeinflussung entzogen und wenn sie von einer Stelle vorgenommen wird, der die Zeugen ohne Furcht vor dienstlichen Nachteilen gegenüberreten können.

Die Mordhege gegen Frauendorfer.

München, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Besprechung des Falles Frauendorfer durch die bayerische Presse wirft ein großes Licht auf den politischen Sumpf, aus dem die Standaalblätter der Provinz wie der Hauptstadt ihr Material schöpfen. Wiederum übertreffen die im rechtsparteilichen Industriekreis stehenden „Münchener Neuesten Nachrichten“ alle Begriffe von politischer Unanständigkeit, und charakteristischerweise rücken selbst die „München-Augsburger Abendzeitung“ wie die gesamte Zentrums-Presse von der politischen Ausmünderung durch dieses Blatt weit ab.

Und doch hätten gerade die „Münchener Neuesten Nachrichten“ alle Ursache, sich bei der ganzen Angelegenheit möglichst feige zu verhalten; zeigt doch der nachfolgende Brief eines ärztlichen Freundes des Toten die schwere Mitschuld dieses ehemals demokratischen Presseorgans an der Frauendorfer-Tragödie:

„Am Sonnabend kam Frauendorfer in aller Frühe zu mir, die „Münchener Neuesten Nachrichten“ in der Hand, und

meinte dann matt und gedrohen, nun wäre es aus, und ich möchte ihm ein Mittel zum Schlafen geben, auf daß er nicht mehr aufwache; das Theater und die Umstände, die ein Revolvererschuß mache, wären ihm zuwider.“

Hätte ein sozialistisches Blatt eine solche Agitation gegen einen reaktionären Minister geleitet, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ gegen Frauendorfer, so hätte die gesamte Rechtspresse sich nicht getraut auszusprechen, daß die „sozialistische Hege“ an dem Selbstmord schuld sei. Ohne uns auf ein gleiches Niveau zu begeben, geht doch aus diesen letzten Worten Frauendorfers mit unverkennbarer Deutlichkeit hervor, daß die vergiftete Kampfweise der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ihr gerüttelt Maß von Schuld an dem traurigen Vorfall trägt.

Hamburger Flaggenmanöver.

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 15. Juni schrieb von einer ganz besonderen Bösartigkeit der in Hamburg entfachten Agitation für das „reine“ schwarz-weiß-rote Kaiserbanner und gegen die Deutschen, seit 11. August 1919 verfassungsgemäßen schwarz-rot-goldenen Nationalfarben der Republik. Diese Bösartigkeit der Agitation wird immer schlimmer. Zwei stießen sich die Schwarz-weiß-rot-Agenten, die alle der deutschnationalen Partei oder in geringerer Zahl — der Deutschen Volkspartei angehören, hinter wirtschaftliche, sachliche, insbesondere handelspolitische Gründe. Der aus Partei und Gewerkschaft gestohene und ausgeschlossene Paul Müller wurde vorgeschoben als Seeluftvertreter, die Reeder der Hafenstädte wurden mobil gemacht und stellten sich zur Verfügung, die Senate der Hansestädte wurden bearbeitet, damit sie einer Ausschließungsfrist für die Einführung der neuen Handelsflagge um ein halbes Jahr zustimmen sollten. Die Senate taten das leider auch. Auf Grund all dieser Vorarbeiten erfolgte der Vorstoß am 27. Juni im Reichstag. Ermißlung, der Reichstag entschied sich erneut für Schwarz-rot-gold. Nun lassen die bössartigen Hamburger Schwarz-weiß-rot-Agenten jede Hülle fallen. Jetzt lagen sie offen heraus, daß es ihnen gar nicht nur um die Handelsflagge zu tun ist, sondern darum, die kaiserliche Flagge überall wieder einzuführen. Auch zu Lande soll das „reine“ Schwarz-weiß-rot wieder Reichsfarbe werden. Am 30. Juli wird der von einem Revolverblattschreiber gefällig beschriebene und von deutschnationalen Drahtziehern geschickt geleitete „Bürgerbund“ einen Flaggencorso mit 10 geleiteten Alsterdampfern und mit den Ruderboolen der Reichen Hamburgs und der Rudervereine der republikfeindlichen „vornehmen“ Jugend auf der Alster veranstalten. Die Schauflüssen werden sich schon finden,“ denkt der Bürgerbund. Das Bösartige an der Veranstaltung aber ist, daß der Bürgerbund durch Presseagenten in ganz Deutschland die Mär verbreiten läßt, seine Veranstaltung geschähe auf Wunsch und unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung Hamburgs. Diese Behauptung ist eine gemeine Lüge. Als Protest gegen die Veranstaltung des Bürgerbundes trägt seit Wochen schon die in erdrückender Uebermacht republikanische Bevölkerung Hamburgs Schwarz-rot-gold als Schleiße und Knopfstockband im Werktags- und Straßenanzug zur Schau. Schwarz-rot-goldene Banner wehen hundertfach in den Schrebergärten des werktätigen Volkes und werden in enormer Anzahl gekauft und angefertigt, um am 21. Juli gegen die kaiserlichen Flaggensanftäter gehft zu werden.

Der bekannte Reifall der bürgerlichen Reichstagsparteien bei der Abstimmung über die Handelsflagge zieht in den deutschnationalen Kreisen dauernd weitere Kreise. Im besonderen die „nationalen“ Reichstagsabgeordneten können sich der Zuschriften und herben Kritiken, die aus ihren eigenen Reihen kommen, kaum noch erwehren. Einer von ihnen, der selber seinen Namen nicht nennt, behauptete, daß die Abstimmung nur deswegen ungünstig ausgefallen sei, weil die Herren deutschnationalen Reichstagsabgeordneten dauernd im Reich als Redner verlangt würden, weil ihre Wahlkreise sie bei allen größeren Veranstaltungen sehen möchten; weil sonst die parlamentarische Regel sei, Montags keine Abstimmungen vorzunehmen und weil durch einen „Trieb des roten Präsidiums“ die Sache so gehoben worden sei, daß die deutschnationalen Abgeordneten nicht mehr rechtzeitig unterrichtet werden konnten. Diese Unverschämtheit der Ausreden hat sogar die „Hamburger Nachrichten“ mobil gemacht. Sie schreiben, daß diese Ausreden nicht zu erklären vermögen, warum viele deutschnationale Abgeordnete im Reichstag bei der Abstimmung sogar unentschieden gestimmt hätten. Sie betonen, daß die Wähler das volle Recht hätten, mit ihren Abgeordneten ein deutliches

Haisische als Nahrung. Aus Vancouver in British Kordamerika wird von einer ebenso interessanten wie nützlichen Entdeckung berichtet. In der Georgiabucht ist die Parker-Insel der Sitz einer verheißungsvollen Industrie geworden, dank den Haien, die in großen Mengen in deren Gewässern haufen. Vor einiger Zeit ist eine Gesellschaft für die Ausbeutung der Entdeckung gegründet worden, und sie scheint eine gute Zukunft vor sich zu haben. Der Hai ist die Grundlage, auf der die Tätigkeit der Gesellschaft ruht, da fast jeder Teil dieses gefährlichsten Raubfisches als Rohstoff für eine Industrie oder unmittelbar als Handelsware ausgenutzt werden kann.

Die Haisfleischart, um die es sich dort handelt, ist der Grundhai, dessen Länge drei bis fünf Meter beträgt und der ein bis zwei-einhalb Tonnens Gewicht erreicht. Das Fleisch des Hais wird als Futter für Federvögel verwendet, kann aber auch als Dünger für die Landwirtschaft gebraucht werden; die Knochen werden gemahlen und ebenfalls als Dünger gebraucht. Der Kopf liefert Leim von großer Güte, die Flossen werden von vielen orientalischen Völkern als Bederbissen betrachtet und der Fettsäure wird mit zwei bis drei Dollars bezahlt. Die Leber enthält bis zu 60 und 70 Proz. des feinsten Ols, wenn auch eine Behandlung mit Terpentin nötig ist, um es verwendbar zu machen. Schließlich ist in diesen Gegenden starke Nachfrage nach Haisfischzähnen, die für Männer und Frauen viel als Schmuck verwendet werden. Jener Teil des Hais aber, der die größten Möglichkeiten als Einkommensquelle bietet, ist die Haut. Ihre Dicke schwankt zwischen einem Zoll und Papierdünn — diese bei den jungen Tieren. Haisfischhaut ist daher ein erstklassiger Rohstoff für Leder. Die dickeren Sorten sind stark genug, um sich zu soliden Schuhsohlen verarbeiten zu lassen, die feineren werden auf verschiedene Art zubereitet, und für Damenschuhe verwendet. Andere Qualitäten werden zu Taschen verarbeitet. Schließlich wird Haisfischhaut als Material zu Tapeten verwendet, und der Bauch liefert Futterstoff für Kleber, ganz dünn, aber außerordentlich haltbar. Die Haisfischhaut muß natürlich auf verschiedene Art behandelt werden, um verwendbar zu werden, und die Zubereitungszeit schwankt zwischen zwei Wochen und sechs Monaten. Allein in den Gewässern um die Parker-Inseln wimmelt es so von Haien, daß man täglich 20 bis 30 Stück fängt.

Sim-Revuise. In Frankreich ist man, wie die „Lichtbild-Bühne“ erzählt, auf folgende originelle Idee gekommen: man verfilmt Szenen aus klassischen Werken der französischen Literatur, zeigt sie dem Publikum und legt hohe Preise für denselben aus, der die Namen der Autoren und ihrer Werke nennen kann.

Dieses Preisrätsel dürfte keine Schwierigkeiten haben. Denn in richtiggehender handfester „Verfilmung“ können klassische Dramen auch dem gelehrtesten Literaturhistoriker unmerklich werden.

Italiens Kunsfsorge. Eine parlamentarische Gruppe von Kunstsreibern hat sich in Rom zur Förderung der wirtschaftlich bedrohten Kunst und Künstler gebildet. Besonders, so bemerkt dazu Paul Hildebrand „Kunstblatt“, folgen die deutschen Reichstagsabgeordneten, die ihr Interesse an der Kunst durch die Einführung der Kunstszugsteuer bereits praktisch betätigt haben, dem Vorbild ihrer italienischen Kollegen und gründen einen — Klub der Kunstszugsteuerfreunde.

„Nur für Herrschaften“.

Von Otto Flake.

Denke ich an das Berlin vor dem Krieg zurück, sehe ich die nächtliche Straßenreinigung und das „Nur für Herrschaften“ an allen Häusern. Es waren Merkmale für Gutes und Schlechtes.

Keinen Wert legend auf das Hochgefühl, eine Herrschaft zu sein, stelle ich hiermit die kleine Anfrage, ob die Hauptstadt der Republik Deutschland sich ihrer Pflicht bewußt geworden ist, die Schilder mit jener Aufschrift von den Türen zu entfernen.

Ich bin nie in der Lage gewesen, ein Haus anders als durch seinen Haupteingang zu betreten, nie hat mich einer jener Pfortner, die nichts als die gefauten Schanenaufseher des Kapitalismus sind, auf die Dienstbotentreppe verwiesen. Es war darum nicht weniger schimpflich, den guten Eingang benutzen zu dürfen.

Die ganze Gefinnung des Zeitalters Wilhelms II. verriet sich in diesen Schildern; der Polizeigeist, der im Privatleben noch von den Menschen verlangte, daß sie sich selbst tarzierten; die Raubheit des Klassenraubs, der nicht einmal solch Höflichkeit aufbrachte, daß er die letzte brutale Benennung vermeidet; die grobe Schmeichelei des Unternehmers, die an den Hochmut appellierte und den Sinn für den Schein züchtete.

Diese Methode des versteckten Verbots breitete sich von Berlin über den ganzen Norden aus, ergriff auch den Süden des Reichs, und als ich eines Tags mein Haus in Stralsund betrat, war auch hier das Schild angebracht. Da ich den eisfässigen Hauswirt zur Rede stellte, antwortete er: „Was wollen Sie, die Deutschen legen Wert darauf.“

Nun, man darf hoffen, daß sie heute keinen Wert mehr darauf legen und soviel Urteil haben, stillschweigend mit anderen Emblemen auch dieses zu entfernen, bevor man sie dazu zwingt. Die Zeit der Herrschaften ist vorüber.

Ich stand im Krieg eines Tags in einer für Soldaten eingerichteten Bibliothek. Ein Gemeiner trat ein und bat, unterwürdig genug, die Bibliothekarin um ein Buch, das für ihn passe. Er wollte etwas, das „nicht von diesen gebildeten Herrn“ geschrieben war; sie waren ihm fremd und die Salonherzengeschichten, die sie beschrieb, waren es. Die junge Dame, die wohl mit mir die Scheu dieses Mannes aus dem Volk im Verkehr mit den Gehobenen als unerträglich empfand, gab ihm einen Band Tolstoi und tat ein übriges, indem sie ihm von den Ideen des Russen zu erzählen begann. Da rauschte die Patronatsdame herein, rief dem Soldat Tolstoi aus der Hand, schickte ihn mit irgendeinem Volkshelt fort und wandte sich zu der Bibliothekarin: „Sie vergessen sich, meine

*) Aus dem soeben im Verlag von S. Fischer in Berlin erschienenem „Kleinen Logbuch“.

Liebe, Sie sind Dame und er Gemeiner; es ist nicht Ihre Aufgabe, Sozialisten zu züchten.“

Auch in dieser Szene war das ganze Deutschland, die Arroganz der Regierenden, die nutzlose Scheu des Ungebildeten und doch vielleicht auch der gute Wille, wie ihn das Mädchen zeigte, er wenigstens Anseh und Trost.

Die Eintrittspreise zu den Salzburger Festspielen weisen imponierende Zahlen auf. Für das „Russische Ballett“ ist der niedrigste Preis 200 Kronen, für die von Reinhardt inszenierte Aufführung von „Jedermann“ 330 Kronen. Der Preis eines Sonderbillets für eines der sieben Konzerte beträgt 1000, für das Russische Ballett 3000, für die „Jedermann“-Aufführung 3300 Kronen. Aber es sind auch Billets zu „billigen“ Preisen vorhanden, so für die Konzerte oder für die Aufführungen von Mozarts „Pastien und Pastienne“ Stehplätze zu 40 Kronen.

Wenn auch bei diesen Ziffern vieles auf Rechnung des niedrigen Kronenstandes zu setzen ist, so darf man aus der durchschnittlichen Höhe der Eintrittspreise doch den Schluss ziehen, daß die leitenden Instanzen der Salzburger Festspiele kein Gewicht darauf legen, ihrer Veranstaltung einen volkstümlichen Charakter zu geben.

Der japanische „Schedakteur“. In einer Sondernummer des „Manchester Guardian“, die dem heutigen Japan gewidmet ist, finden wir interessante Angaben über das japanische Zeitungswesen und erfahren, daß die Zensur hier eine Rolle spielt, wie bei uns nur in längst vergangenen vormärzlichen Tagen.

Die japanische Zensurbehörde, die zum Ministerium des Innern gehört, befiehlt von Fall zu Fall den Zeitungen, von welchen Dingen sie nicht sprechen dürfen. Daneben gibt es aber auch allgemeine Verbote, die sich auf folgende Dinge erstrecken: 1. dürfen keine Aufsätze gebracht werden, die sich mit einem in der Verhandlung befindlichen Prozeß befassen, 2. keine Geheimdokumente der Regierung, 3. keine wortgetreuen Wiedergaben der Reden bei den Sitzungen der öffentlichen Körperschaften, 4. keine Artikel, die dazu dienen können, Aufruhr und Unordnung hervorzurufen, 5. nichts, was dem Frieden und der Allgemeinheit schaden kann und 6. endlich keine Aufsätze, die das Ansehen des kaiserlichen Hofes herabzusetzen geeignet wären. Wie man sieht, sind diese verschiedenen Gruppen sehr allgemein gefaßt, und es läßt sich in sie mehr oder weniger alles einordnen. Do nun eine Zeitung, die gegen die Zensurverordnungen verstößt, zu großen Geldstrafen verurteilt werden kann, so ist für die japanischen Journalisten wirklich Schweigen Gold und Reden Silber. Außer den Geldstrafen können aber auch Gefängnisstrafen verhängt werden, und da die Geldstrafen die Blätter bald bankrott machen würden, so zieht man die Gefängnisstrafen vor, zumal das japanische Strafgesetz statt der Geldbußen stets entsprechende Haftstrafen vorsieht. „In jeder Zeitung“, so lesen wir in dem Aufsatz, „findet man einen Redakteur, dessen einziger Beruf darin besteht, die Gefängnisstrafen abzuschöpfen, zu denen das Blatt verurteilt wird.“ Der Schedakteur — bei uns zur sagenhaften Figur geworden — ist also im Lande des Mikado sehr lebendig, und sein Amt ist nicht leicht.

Wort wegen dieser Disziplinlosigkeit zu sprechen, zumal sie an dem Tage, da das Diätengesetz verabschiedet wurde, zahlreicher anwesend gewesen seien als an jenem, als über Schwarz-weiß-rot abgestimmt wurde. Die Herren reden im Parlament sozial von Arbeit und Pflichterfüllung, die uns allein aus dem Elend herausbringen könne, da sollen sie aber auch gefälligst selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Die „Hamburger Nachrichten“ billigen es sehr, wenn die Wahlkreise ihre Abgeordneten jetzt „zu sehen wünschen“, zu dem Zwecke einer Auseinandersetzung über Pflichterfüllung.

Da werden verschiedene deutschnationale Reichstagsabgeordnete ihre schwarz-weiß-rote Flagge auf Halbmast sehen müssen.

Deutschnationale gegen das Reichsgericht.

Der „Kriegerverein“ in Greifswald sandte bei einem Familienabend zum Besten der geflüchteten Oberstleutnanten nach einem Vortrag des Korvettenkapitän Freiherrn v. Forstner an die in Leipzig verurteilten beiden U-Boot-Offiziere Dißmar und Boldt folgendes Telegramm:

„Mit tiefster Empörung und Schmerz vernehmen wir das Urteil über deutsche Kriegsmatrosen, das Feindeshoh erschonen. Wie Ihr für unser Vaterland auf dem Meere kämpft gegen gewaltige Uebermacht, so hoffen wir mit Euch auf den Tag der Vergeltung, Befreiung und Rache trotz allem und allem. In kameradschaftlicher Anteilnahme
„Kriegerverein“ Greifswald
und versammelte Gäste aus Bürger- und Studentenschaft.

Dass unsere Nationalisten für irgendwelche Ermüdungen ethischer Art kein Empfinden haben, ist nichts Neues. Wohl aber ist die Mut gegen das Urteil des Reichsgerichts bemerkenswert. Wenn Sozialdemokraten sich einmal erlauben, gegen fortgesetzte Justizmissstände ein paar scharfe Worte zu gebrauchen, so sind — nach heuchlerischem Urteil aller Reaktionen — die heiligsten Güter der Nation verletzt, so ist das Rechtsbewusstsein des Volkes bis ins Mark erschüttert. Fällt aber der höchste deutsche Gerichtshof einmal ein Urteil, das unseren Stammespolitikern und Heimkriegern nicht paßt, so stimmen sie ein Wutgeheul an, das mit einer sachlichen Kritik nicht das mindeste mehr gemein hat.

Der Kommunistenprozess in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 27. Juli. (U.) In der Fortsetzung der Vernehmung der Angeklagten in dem Kommunistenprozess wollen die meisten Angeklagten mit der U. D. nichts zu tun haben. Unter den militärischen Plänen, die sich unter dem in einer Kiste vorgefundenen Material befinden, befindet sich eine von der Zeitung „Groß-Berlin“ gestellte detaillierte Aufgabe, die sich mit der Einnahme des von der weißen Armee verteidigten Bendler-Blockes durch die rote Armee befaßt. Der Termin zur Ablieferung der schriftlichen Lösungen ist auf den 15. Juli festgesetzt. Kunz entgegnete, daß er das Gefühl habe, daß diese rein militärischen Schriftstücke Fälschungen seien, die in irgendeinem Bureau hergestellt und in die Kiste eingeschmuggelt worden seien. Unter seinen Genossen sei niemand so militärisch ausgebildet, daß er derartige Aufgaben stellen könnte. Armbricht bestreitet, von diesem Material vorher Kenntnis erhalten zu haben. Der Vorsitzende hält Armbricht, der seinerseits jedes Vorhandensein von Flugzeugen in Abrede stellt, vor, daß ein gewisser Berthold wiederholt als Kurier nach Moskau in einem Flugzeug geflogen sei, so daß also den Kommunisten auch Flugzeuge zur Verfügung gestanden hätten. Armbricht will davon nichts wissen. Der Angeklagte Doufrain bestreitet, daß in Frankfurt eine illegale Kampforganisation bestanden habe. Nach seiner innersten Überzeugung könne nur die KAPD die Interessen der Arbeiter wirksam vertreten.

Sünden des alten Regimes.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die franzosenfreundliche Stimmung im Elsaß-lothringischen Volke lediglich eine Folge der blödsinnigen und gemeinen Behandlung der dortigen Bevölkerung durch die preussischen Militär- und Zivilbehörden zwischen 1871 und 1918 gewesen ist. Auch die Arbeiterklasse des Reichslandes begrüßte im November 1918 die einrückenden Franzosen als Befreier. Diese an sich ganz wider natürliche Sympathie für ein fremdsprachiges und Abneigung gegen das gleichsprachige Land steht in der Weltgeschichte wohl einzig da. Dem wilhelminischen Preussentum blieb die Schmach vorbehalten, dieses Kunststück zu vollbringen.

Mit welchen Methoden die frühere Regierung dieses beschämenden Resultat erreichte, darüber gibt ein in der kommunistischen Revue „Volkstribüne“ erschienener Aufsatz lehrreiche Aufschlüsse. Es handelt sich um eine Polemik des Führers des lothringischen Eisenbahnerverbandes Fritz Knecht in eigener Sache gegen die Amsterdamer Richtung des französischen Gewerkschaftsbundes, die von sozialem Interesse ist und in die wir uns durchaus nicht einmischen wollen. Von allgemeinem Interesse sind aber folgende Zeilen:

„Mit Schaudern denke ich an meine damalige Tätigkeit als Gewerkschaftler zurück. Überall beispiellos, ohne Koalitionsrecht, ein strenges Verbot irgendeiner sozialdemokratischen Verklammerung bezuwohnen, keine sozialdemokratische Zeitung zu halten bei Strafe der Entlassung. Sämtliche Versammlungen unserer Ortsvereine durch Verwaltungsbeamte überwacht, jede Rede unserer Funktionäre stenographiert, die Freisprecher entzogen, fortgesetzt protokollierte Vernehmungen mit Drohung der Entlassung: das war die Situation, in der ich damals als Bezirksteiler gewerkschaftlich kämpfte.“

Dieses furchtbare Bild der Unterdrückung, das in diesen wenigen Zeilen enthalten ist, dürfte leider nur allzu wahr sein. Dem deutschen Proletariat im übrigen Reich ging es allerdings nicht viel besser, aber die Schitanen und Verfolgungen der Arbeiterbewegung sind im Befehlsbereich der Dallwitz und Forstner zweifellos noch schlimmer und auch verhängnisvoller gewesen: denn damit wurde das eisässige Proletariat künstlich in die Arme der Franzosen getrieben. Das letztere es in dem „befreiten“ Gebiet jetzt nicht viel besser machen, ist für unsere einstigen „nationalen“ Regierungsparteien keine Entschuldigung und für das deutsche Volk ein recht negativer Trost. Denn damit wird die eisässige Arbeiterklasse neuerdings lediglich immer mehr in das bolschewistische Fahrwasser gedrängt.

Auch in Oberschlesien haben sich die Folgen der ostpreussischen Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterklasse bei der Abstimmung bitter fühlbar gemacht. Niemals hätten so viele polnisch sprechende Arbeiter für Polen gestimmt, wenn nicht die Erinnerung an die frühere Gewaltpolitik in diesen Herzen noch wach wäre. Diese Politik des alten Regimes gegenüber der eigenen Arbeiterklasse war geradezu ein Ver rat am Deutschtum.

Groß-Berlin

Wucherpreise für Butter.

Man entsetzt sich, welche Jubelhymnen die bürgerliche Presse anstimmte, als vor einigen Wochen die Milch- und Butterbewirtschaftung aufgehoben wurde. Es mochte nicht wenige geben, die diesen Rattenfänger melodien ihre Ohr liehen. Der „Vorwärts“ hat von allem Anfang auf das Bedenkliche der freien Milch- und Butterbewirtschaftung hingewiesen. Jetzt zeigt es sich bereits, wie recht er damit getan. Nachdem in den ersten beiden Wochen die Butter von den Händlern auf dem Reklamepreis von etwa 19 bis 21 M. gehalten wurde, ist sie inzwischen auf 26 bis 28 M. gestiegen. Eine Soeben bei uns eingehende Mitteilung aus einem westlichen Vorort aber besagt, daß dort die Butter mit 31 Mark das Pfund verkauft wird. Das ist ein unerhörter Wucherpreis.

Bezeichnen wir die Stimmung, die in der Bevölkerung herrscht, ist auch die Tatsache, daß man ganz offen von einer wiedertretenden, weil notwendigen Zwangsbesitznahme der Milch spricht, weil infolge der in ganz Deutschland herrschenden entsetzlichen Dürre von den Milchhändlern und -pächtern heute schon ganz offen von einer angeblich bereits vorhandenen großen Milchknappheit gesprochen wird. Damit nicht genug, spricht man in Händlerkreisen bereits auch von einer Erhöhung der Milchpreise. Vor Wochen las man's anders. Da mußte sich das Berliner Milchamt die unglaublichsten Anwürfe gefallen lassen, weil es nach Meinung der Händler die Milchpreise zu hoch kalkuliert hatte.

Die letzte Verantwortung für alles Geschehen aber fällt auf die Regierung, die schwach genug war, dem unerschämten Anstößen der Agrarier und Großhändler immer wieder nachzugeben. Ein Land, dessen Wirtschaft wie das unsere immer noch schwertrant ist, kann unmöglich einer Politik des Lebensmittelhochens entraten. Die tollsten Hezer gegen eine gemeinnützige Lebensmittelbewirtschaftung aber sind in der Kommune Groß-Berlin immer wieder die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler. Die Rechtsdemokraten schließen sich an.

Da nun aber die Stadtverordneten-Neuwahlen im Oktober in eine Zeit fallen werden, in der die Lebensmittelnot zu ihrem Gipfel ansteigen wird, so haben die Wähler der Berliner Bevölkerung die beste Gelegenheit, mit dem Wahlzettel dem unbeliebigen Bürgerdemokratium die Quittung zu erteilen. Bis dahin aber gilt es vor allen Dingen auch, — und der kommende 1. August ist die beste Gelegenheit dazu — aus jeder Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenwohnung jede bürgerliche Zeitung ohne Ausnahme zu entfernen. Der „Vorwärts“ treibt praktische Konsumenten-Schutzpolitik und deshalb sollte jede Hausfrau, die in ständiger Sorge um die Aufrechterhaltung der Familie ist, nur diese Zeitung in ihrem Hause dulden.

Denkt ihr, Genossen und Genossinnen,

auch an den 31. Juli?

Die Parole lautet:

Nie wieder Krieg!

Auf am 31. Juli zum Lustgarten!

Jeder Freund der Republik und der Demokratie, der Freiheit und des Völkerfriedens ist dort willkommen

Schoftung aber sind in der Kommune Groß-Berlin immer wieder die Deutschnationalen und die Deutschen Volksparteiler. Die Rechtsdemokraten schließen sich an.

Da nun aber die Stadtverordneten-Neuwahlen im Oktober in eine Zeit fallen werden, in der die Lebensmittelnot zu ihrem Gipfel ansteigen wird, so haben die Wähler der Berliner Bevölkerung die beste Gelegenheit, mit dem Wahlzettel dem unbeliebigen Bürgerdemokratium die Quittung zu erteilen. Bis dahin aber gilt es vor allen Dingen auch, — und der kommende 1. August ist die beste Gelegenheit dazu — aus jeder Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenwohnung jede bürgerliche Zeitung ohne Ausnahme zu entfernen. Der „Vorwärts“ treibt praktische Konsumenten-Schutzpolitik und deshalb sollte jede Hausfrau, die in ständiger Sorge um die Aufrechterhaltung der Familie ist, nur diese Zeitung in ihrem Hause dulden.

Schwerer Unfall bei einer Probefahrt.

Ein schwerer Kraftwagenunfall ereignete sich gestern nachmittags bei Spandau in der Nähe des Restaurants Schildhorn. An der genannten Stelle prallte ein mit sechs Insassen besetztes Auto, das aus der Richtung Spandau kam, plötzlich ein. Infolgedessen überschlug sich das Auto und wurde gegen einen Baum geschleudert. Sämtliche Insassen kamen unter den Kraftwagen. Einer der Mitfahrer, der Motorflieger Schubert aus Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 162, war sofort tot. Die übrigen trugen Kopfverletzungen davon. Es handelte sich um die Probefahrt eines reparierten Autos. Der Fahrer des Wagens wurden von der Spandauer Polizei vorläufig zur Feststellung des Tatbestandes in Haft gehalten.

Das „weiße Kreuz“ auf der Bادهofe.

Bekanntlich wurde in das Handelsregister in Potsdam eine Gesellschaft eingetragen, deren Zweck der Betrieb einer Zeitschrift „Weißes Kreuz“ und andere Geschäfte sein sollen. Einziges Grundstück ist in Rowanow dafür erworben und die Gesellschafter dieser Firma sind von strengstem Adel. Was der Nachlaß „und andere Geschäfte“ bedeuten könnte, darüber kann vielleicht ein Blick in die Potsdamer Militärabadanstalt an der heiligen Geistkirche Aufklärung geben. Nachmittags erscheint dort eine große Anzahl Soldaten, die allesamt mit schwarzer Bادهofe ins Wasser steigen, auf deren Vorderseite ein großes weißes Kreuz sein faubereich aufgenäht ist. Diese Weißkreuzer von Potsdam schneiden die übrigen, mit anderen Bادهofen angezogenen Kameraden vollständig.

Hundert Kinos in Berlin geschlossen!

Die schwere wirtschaftliche Krise, die das ganze deutsche Lichtspielgeschäft infolge der gewaltigen Steigerung sämtlicher Ausgaben gegenwärtig durchmacht, nimmt auch in Groß-Berlin einen immer bedrohlicheren Umfang an. Nachdem bereits im Juni etwa 70 Kinos wegen Unrentabilität des Betriebes geschlossen hatten, ist diese Zahl nach statistischer Feststellung des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer Groß-Berlins und Provinz Brandenburg im Laufe des Monats Juli auf etwa 100 gestiegen. Hierbei handelt es sich nur zum geringsten Teil um vorübergehende Schließungen, wie sie in der heißen Jahreszeit alljährlich vorkommen. Der größte Teil der Lichtspieltheater mußte dauernd geschlossen werden, da die Weiterführung der Betriebe nur unter großen finanziellen Verlusten möglich gewesen wäre. Charakteristisch für diese Krise im Lichtspielgewerbe ist die Tatsache, daß selbst in einem so kinofreundlichen Berliner Stadtteil wie Moabit, einem der volkreichsten, von 19 Kinos ein, also weit über die Hälfte, geschlossen wurden. Trotz dieser trübsamen Lage des Groß-Berliner Lichtspielgewerbes blieben, wie der Verein der Lichtspieltheaterbesitzer Groß-Berlins mitteilt, sämtliche Eingaben des Vereins an den Magistrat um Ermäßigung der Lichtspielsteuer, wenigstens für die Sommermonate, unbeantwortet.

Der Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße.

In letzter Zeit weisen die Umbauarbeiten am Bahnhof Friedrichstraße erhebliche Fortschritte auf. An den beiden Enden des neuen Bahnsteiges, der durch seine weitaus größeren Breite auffällt und für den nun auch in den letzten Wochen der Belag größtenteils fertiggestellt ist, sind zwei Gebäude entstanden, die für die Bedienung der Signale usw. erforderlich sind. Auch in den ersten Stadtbahnbogen östlich der Friedrichstraße wird an der Fertigstellung der

Zugangstreppe zum Bahnsteig, an der Schalterhalle usw. gearbeitet. Auch die Herstellung der Zugangstreppe, die von der Weidamm-Brücke her späterhin den Reisenden den Zugang zum Bahnhof Friedrichstraße ermöglichen soll, macht Fortschritte. Diese Treppe ist, wie die alte Treppe, zwischen den Trägern der Eisenbahnbrücke angeordnet, die im weiten Bogen die Spree überspannen. Zum Bahnsteig werden insgesamt vier Zugänge geschaffen werden.

Zurück zur Petroleumlampe.

In den Berliner Wirtschaftskreisen erscheinen große Plakate, die in beweglichen Worten zur Rückkehr zur Petroleumlampe auffordern. Als Vorteile werden genannt: Befreiung von Sperstunden und jeglichem Verbraucherzwang, Ersparnis der teuren Glühstrümpfe, Zylinder und Lampen, Ersparnis an Brennstoff überhaupt. Die Handlichkeit der Lampe. Schließlich aber wird auch die Sentimentalität aufgerufen: Die Petroleumlampe zaubere uns auch die alte, längst entbehrte, traute Gemütlichkeit wieder herbei. Wer diese Plakate verbreitet, das verraten die Plakate nicht. Ebenso schweigen sie sich über die Preise aus. Für Saubentoniolen und Kleinfiedler, die ohne Verbindung von Gas und Elektrizität sind, wird Petroleum auch weiter eine gewisse Bedeutung haben. Da aber die Petroleumfürsten nicht bescheidener sind als die Kohlenbarone, so wird das eine wie das andere nicht billiger sein.

Schöller Kampf gegen den Arbeitersport.

Wir erhalten folgende Auskunft: In Budow bei Berlin bestehen seit dem Kriege ein Arbeitersportverein und ein bürgerlicher Sportverein. Beide Vereine turnten bisher an Turngeräten, die ein früherer Männer-Turnverein (der nicht mehr besteht) ihnen zur Verfügung gestellt hat. Trotdem der Arbeiterverein nun ebensoviel Recht an den Geräten hat wie der bürgerliche Verein, hat es letzterer doch fertiggebracht, die Geräte bei Nacht aus der Turnhalle zu holen, so daß der Arbeiter-Sportverein jetzt ohne Geräte ist. Doppelt schwer trifft der Verlust den Verein, da er am 31. d. M. sein Stichtungsfest und am 7. August eine größere Veranstaltung mit der U.S.P.D. und der S.P.D. feiert. Freudig begrüßen die Genossen deshalb das Einspringen der „Freien Turnerschaft Reuß-Brü“, die ihre Geräte zur Verfügung stellt und den Budower Arbeiter-Sportverein auch mit turnerischen Aufführungen unterstützen wird.

Waldbrandgefahr!

Wächung vor Waldbränden, solange es nicht ergiebig geregnet hat! Raucht nicht außerhals öffentlicher Wege in Waldnähe! Werft dort keine glimmenden Gegenstände weg! Redet schleunigst entstehende Waldbrände bei der nächstmöglichen amtlichen Stelle!

Einen sommerschen Groß aus Thüringen sendet uns ein freundlicher Genosse, indem er uns eine Karte mit einer aufgedruckten Karte aus unserem Bruderblatt „Das Volk“ aus Jena schickt. Die Karte lautet: „Wie wir von zuverlässiger Seite hören, hat die Goldfirma H. Harrah in Böhlen bei Grobbreitenebach (Thüringen) jetzt für das Geschäftsjahr 1919/20 folgende Prämien verteilt: Bruno Harrah 70 400 M., Alfred Harrah 284 700 M., Kurt Böhm 70 400 M., Amtsg.-Mat. Wäbcher 750 000 M., Forstmeister Böhm 750 000 M. Man schimpft immer auf Berlin als der Stadt der mühselosen Schiebergewinne. Es wäre aber interessant zu erfahren, welche „Arbeit“ die beiden Herren in Thüringen drangesetzt haben, um sich je $7\frac{1}{2}$ Millionen Mark Prämien zu verdienen.

Nach Untersuchungen in Höhe von 45 000 M. ist der 40 Jahre alte Postinspektor Franz Greba aus Frankfurt a. d. Oder schuldig geworden. Da er sich nach den bisherigen Feststellungen nach Berlin gewandt hat, wird von der Berliner Kriminal-Postdienststelle auf ihn gefahndet. Der Gefaschte ist groß und kräftig, hat ein volles Gesicht, einen rötlich blonden Schnurrbart, eine Wange und weiche, unregelmäßige Zähne. — Auf die Ergreifung des nach Untersuchung eines Wertpaketes mit 52 000 Mark vom hiesigen Bahnpostamt 3 flüchtigen Postboten Walter Borge mann aus der Stahler Straße 130 ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Inweddienliche Mitteilungen sind in beiden Fällen an die Kriminal-Postdienststelle, Friedrichstr. 129, zu richten.

Verurteilung wegen Bestechungsversuch. Das Amtsgericht hat durch Urteil vom 31. Mai d. J. Frau Baumeister Hedwig Rinne, Charlottenburg, Wilslebenstr. 32, zu 500 M. Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle für je zehn Mark einen Tag Gefängnis, verurteilt, weil sie einem Hilfsangestellten des Charlottenburger Wohnungsamts ein Geldgeschenk für eine Handlung angeboten hat, die eine Pflichtverletzung in sich schließen würde. Das Urteil hat Rechtskraft erlangt. Möge dieser neue Fall zur Warnung dienen.

Falschlem-Absatz aus dem Flugzeug. Der Erfinder des Flugzeug-Falschlemes, Ingenieur Otto Heinicke, wird am kommenden Sonntag im Berliner Stadion zum erstenmal einen Ab sprung mit einem von ihm selbst konstruierten Apparat vorführen. Herr Heinicke hat jahrelang an dieser Erfindung gearbeitet und es ist ihm nach vieler Mühe gelungen, den zurzeit besten und einwandfreisten Apparat zu schaffen, der die Möglichkeit gibt, aus einem schnellfliegenden Luftfahrzeug einen gefahrlosen Ab sprung auf Erde oder Wasser auszuführen. Der Erfinder wird mit dem früheren Chaplitz-Georg Hans von der Luft-Verkehrs-Gesellschaft den Aufstieg im Flugzeug unternehmen und aus zirka 400 Meter Höhe den Ab sprung nach dem Innenraum des Berliner Stadions durchführen. Der Ab sprung wird voraussichtlich gegen 7 Uhr erfolgen.

Verkaufst. Dienstag morgen 7,23 Uhr ist Bahnhof Pustitzstraße eine gute Aktentafel gegen eine andere verkauft worden. Die Tafel enthielt u. a. auch Wohnungsschlüssel. Die eingetauchte Tafel enthielt auch Schlüssel. Die Tafel ist gegen Rückgabe der anderen Tafel in der Filiale des Vorwärts Battiststraße in Empfang zu nehmen.

Außer den völlig neuen großen artistischen Spezialtischen wurde das Haas-Henge-Ballett für den August vom Wintergarten zur Aufführung der neuen Pantomime „Ein Abend in Kairo“ verpflichtet. Die Gesellschaftsdekorationen, Kostüme und Dekorationen wurden von Professor Haas-Henge, dem bekannten Modelfürstler, entworfen. Die Musik stammt von Jaap Koel. Die Rolle der „Iris“ wird die schon aus der „Dellischen Göttin“ bekannte Juliette Boucou verkörpern. Als Gast wurde u. a. Hilde Albrecht gewonnen.

Briefbesonderung mittels Motorcad versucht die Post seit einiger Zeit in Berlin; sie verwendet dazu einfache Fahrräder, denen ein leichter Motor eingebaut ist. Auf der Rückseite, unter dem Sattel, befindet sich ein im schönsten Postgebirg strahlender Kasten zur Aufnahme der den Briefkästen entnommenen Briefe. — Auch die Briefkästen erfreuen sich jetzt wieder der rührenden Fürsorge der Postverwaltung. Das schönste Preußisch-Blau, das auszutreiben ist, schmückt die ehrwürdigen Briefbehälter, die sich während des Krieges gefüllt hatten, mußten, daß man sie mit einer trübsamen Sauce übergoß. Das leuchtende Blau erfüllt auch seinen eigentlichen Zweck, denn wenn man den Kasten sucht, bemerkt man ihn schneller. Wer sehen will, der wird eben gewahr, daß es überall wieder rührig vorwärts geht.

Das Wetter für morgen.

Seht warm und schön, wieder überwiegend heller, aber drückend mit etwas Gewitterneigung und größtenteils schwachen, vorherrschend südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinaechrichten.

Heute, Mittwoch, den 27. Juli:
Junggenossen Gruppe Reich, Abends 7 Uhr Diskussionsabend im Jagrdheim, Czupfstr. 42. Nächste Sitzung zum Postkongress.

Bewegungsbewegung

Reichskonferenz der Seeleute.

Zum 19. und 20. Juli hatte der Verbandsvorstand eine Konferenz der Seeleute nach Berlin einberufen, die Stellung zu den jüngsten Vorgängen in der Reichsabteilung und zu einigen anderen wichtigen Fragen nehmen sollte. Kollege Schumann gab ausführlich die Gründe bekannt, die ein ferneres Zusammenarbeiten mit dem ehemaligen Reichsabteilungsleiter Paul Müller unmöglich machten. Die verächtliche Flaggrede in der Hamburger Börse sei schließlich nur der langen Kette letztes Bild gewesen. Immer wieder habe der Vorstand eingegriffen, immer wieder bequäme sich Müller zu Versprechungen, den Anordnungen der Verbandsleitung Folge zu leisten, und immer wieder wurde der Verband vor fertige Tatsachen gestellt. Systematisch hat Müller die Verbandsleitung über die Bewegung der Seeleute und seine sonstigen Maßnahmen im unklaren gelassen. Erst durch Beschwerden von draußen wurden wir auf Schritte Müllers aufmerksam gemacht, die er dann stets mit einem unendlichen Wortschwall aus harmlos oder notwendig rechtfertigte. Im November vorigen Jahres hatten sich die „Entlastungen“ Müllers berart gehäuft, besonders auch seine journalistischen, daß die gesamte Reichsabteilung nach Berlin geladen wurde. Am Januar fanden dann in Fortsetzung der Novemberzusammenkunft zwei weitere Sitzungen statt, in denen der Vorstand das Verhalten Müllers auf schärfste rügte. Müller legte daraufhin seinen Posten als Reichsabteilungsleiter nieder. Wenige Tage später nahm er seine Amtsniederlegung zurück und legte dem Hauptvorstand Richtlinien vor, die ein besseres Zusammenarbeiten mit der Reichsabteilung garantierten — wenn Müller Wort gehalten hätte. Seine Flaggrede war dann keine Entlastung mehr, sondern der Bruch mit dem, was uns Arbeitern heilig ist. Die Beschimpfung der Revolution, die Beschimpfung der republikanischen Farben, die Verherrlichung der alten Kaiserflagge, schafften eine Situation, der ein radikales Ende gemacht werden mußte. Hinzu kam, daß Müller seinen alten Plan, die Seeleute vom Transportarbeiterverband zu lösen, in zwar vorsichtiger verschleierter, aber für jeden Kenner der Verhältnisse untrüglicher Art und Weise wieder aufgenommen hatte. Er selbst bezeichnete den Aktionsausschuss seemannischer Verbände, dem wir mit unserer Reichsabteilung Seeleute als Mitglied angehören, als seemannische Spitzenorganisation, deren Vertrauen ihm schwerer wie als das Vertrauen des Verbandsvorstandes. Wenn der Vorstand ihm darin nicht folgen könne, trenne ihn eine unüberbrückbare Kluft von uns. Das wurde ihm befähigt mit der Aufforderung, seinen Posten niederzulegen. Diese Aufforderung galt auch den übrigen Mitgliedern der Reichsabteilung, da sie sich hinter Müller stellten. Müller entsprach der Forderung und trat (am 1. Juli) gleichzeitig aus dem Verbandsaus. Lorenz kündigte sofort sein Vertragsverhältnis mit der Organisation, Müller einige Tage später. Der unorganisierte Müller betätigte sich am 2. Juli noch als Vertreter unserer Organisation im Aktionsausschuss und hat inzwischen noch ein Mitteilungsbüro herausgegeben, in dem die reaktionären Reichstagsabgeordneten über den grünen Klee gelobt, indes die sozialistischen Vertreter in größter Weise beschimpft werden.

Mit Ausnahme der drei geladenen Mitglieder der bisherigen Reichsabteilung, Lorenz, Hüner und Hirsch, verurteilten sämtliche Redner die Handlungsweise des früheren Abteilungsleiters. Immer größer wurde das gegen Müller sprechende Material, Vorgänge, von denen die Verbandsleitung nicht das geringste erfahren hatte, wurden jetzt offenbar. Nach ausgiebiger Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen.

„Die am 19. und 20. Juli 1921 in Berlin tagende Seemannskonferenz nimmt Kenntnis von dem organisationswidrigen Verhalten des bisherigen Leiters der Reichsabteilung Paul Müller, insbesondere von seinem Auftreten in der Flaggrede, und verurteilt diese Handlungsweise auf das schärfste.“

Gleichzeitig gibt die Konferenz ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Mitglieder der Reichsabteilungsleitung des Verhaltens Müllers nicht nur gebilligt und unterstützt, sondern sich auch mit feiner die Gefühle der organisierten Arbeiterschaft aufs tiefste verletzende Rede ausdrücklich einverstanden erklärt haben.

Die Konferenz verurteilt auch dieses Verhalten auf das allerentschiedenste und erklärt sich infolgedessen mit den vom Verbandsvorstand getroffenen Maßnahmen einverstanden.“

Da das vierte Mitglied der Abteilungsleitung von Müllers Rede abrückte und auch sein sonstiges Verhalten nicht billigte, wurde den Kollegen Lorenz, Hüner und Hirsch aufgegeben, sich schriftlich oder mündlich zu erklären, ob sie die Beschimpfungen der Revolution usw. durch Müller billigen, indem Kollege Schumann auf die Ausschlußanträge gegen Müller aufmerksam machte, die auch für die drei Kollegen Konsequenzen haben könnten. Eine zufriedenstellende Antwort erfolgte nicht. Die Konferenz beschloß, den Verbandsvorstand zu ersuchen, die Ausschlußanträge gegen Müller wie gegen jedes andere Mitglied zu behandeln. Es soll vermeldet werden, daß Müller in eine andere Organisation übertritt (was bereits gesehen sein soll) und vielleicht gar auf diesem Umwege im Aktionsausschuss aufs neue seine verderbliche Arbeit aufnehmen kann. Am Aktionsausschuss soll festgehalten werden, doch kann er nicht als Spitzenorganisation in Frage kommen. Behält Müller einen direkten oder indirekten Einfluß auf den Ausschuss, so ziehen wir die Konsequenzen. In allen Körperschaften, in denen Müller als unser Vertreter sah, wird er durch andere Kollegen ersetzt werden.

Die Konferenz sprach sich weiter für die strengste Uebertragung des Betriebsratsorgans auf die Schiffahrt aus. In der Frage der Revision der Seemannsordnung werden wir weiter mit dem von der Regierung beauftragten paritätisch zusammengesetzten Seeschiffarbeitsausschuss zusammenarbeiten, doch müssen wir uns das Recht vorbehalten, mit unseren Forderungen direkt an die gesetzgebenden Körperschaften heranzutreten.

Als Abteilungsleiter wurde einstimmig Kollege Fr. Köhler-Hamburg gewählt. Die Posten eines Sekretärs und eines Redaktors für die „Schiffahrt“ wurden ausgeschrieben. Der Stab der Abteilung bleibt in Hamburg. Nach einem Schlusswort des Kollegen Schumann wurde die Konferenz geschlossen.

Zum Zimmererstreik.

In der heutigen Morgenausgabe ist bereits kurz berichtet, daß die Zimmerer beschlossen haben, in den Streik zu treten. Die Unternehmern weigern sich, den Lohn von 7,65 M. um 95 Pf. auf 8 M. zu erhöhen und haben einen Stundenlohn von 7,65 M. vorgeschlagen. Nachfolgende Entschließung gelangte in der entscheidenden Zahlstellenversammlung zur Annahme:

„Die am 26. Juli 1921 in den „Andreasseitlen“, Andreasstr. 21, tagende Zahlstellenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Jahrtelle Berlin und Umgegend, hält nach eingehender Beratung, unter Berücksichtigung des Ergebnisses der letzten Bezirksversammlungen (23. und 24. Juli), an dem Beschluß der Zahlstellenversammlung vom 23. Juli 1921 fest, welcher dahin ging, daß der Vergleichsvorschlag des Bezirksvorstandes vom 18. Juli 1921 den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der Zimmerer Groß-Berlins in keiner Weise Rechnung trägt. Die Delegiertenversammlung hält daher an der am 20. Juni d. J. an den Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin C. B. eingereichten Forderung in Höhe von 95 Pf. pro Stunde fest.“

Somit ergeht an alle Zimmerer Berlins und Umgegend die Aufforderung, laut Beschluß der Zahlstellenversammlung vom 26. Juli 1921, vom Mittwoch, den 27. Juli 1921 ab auf allen Arbeitsstellen die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis unsere berechtigte Forderung von der Arbeitgeberorganisation anerkannt ist.

Die Delegiertenversammlung beauftragt zugleich die Schlichtungskommission und den Vorstand, falls Verhandlungen von seiten der Arbeitgeber gewünscht werden, diesen stattzugeben.“

Etwa 5000 Zimmerleute haben heute früh in Groß-Berlin die Arbeit niedergelegt. Da auch der Bau der Nord-Süd-Bahn von dieser Bewegung betroffen wird, beabsichtigt die Bauverwaltung, nach der Meldung einer Berliner Korrespondenz, das Halbschichtsystem zur Streckung der übrigen Arbeiten in der Weise einzuführen, daß eine Hälfte der Arbeiter die ersten drei Tage, die andere die letzten drei Tage in der Woche beschäftigt wird.

Schwarze Listen gegen die Landarbeiter.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Mecklenburg mit ihren unstreitbaren Erfolgen ist den Junkern ein Dorn im Auge. Mit den vornehmlichsten Mitteln suchen sie der Bewegung Einhalt zu gebieten. Den Kampf mit geistigen Waffen haben sie aufgegeben; sie greifen zur Gewalt und schwingen drohend die Hungerpeitsche.

Von den Arbeitgeberorganisationen in Mecklenburg ist ihren Mitgliedern ein Vordruck: „Mitteilungen an die Hauptmedizinstelle“ zum Ausfüllen übermietet für den Fall, daß Arbeiter entlassen werden. Der Vordruck enthält Angaben über Familiennamen, Stand, Geburtsort und Alter des Beschäftigten. Im Falle der Entlassung sind die Gründe anzugeben: ob wegen Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie — Zugehörigkeit zu einem sozialdemokratischen Verein — wegen sozialdemokratischer Umtriebe entlassen oder gesundigt. Es ist damit der Nachweis erbracht, daß die Unternehmer mittels schwarzer Listen die Arbeiter, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, arbeitslos und obdachlos zu machen beabsichtigen. Wenn der Vorstoß der Unternehmer sich in der Form gegen die Sozialdemokratische Partei wendet, so ist nach den gemachten Erfahrungen nicht zu bezweifeln, daß er sich gegen die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft richtet.

Die Vorgänge zeigen, daß die Landarbeiter in Mecklenburg, wie auch anderwärts, sich auf schwere Kämpfe zur Erhaltung ihres Koalitionsrechts rüsten müssen.

Wie Siege erdacht werden.

In der Abendausgabe der „Roten Fahne“ vom Dienstag, den 19. Juli, heißt es: „Die Berliner Dachbeder gegen den DGB“. Am 17. Juli nahm die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Dachbeder, Filiale Berlin, nach längerer ausgiebiger Diskussion folgende Resolution an: Die heutige Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Dachbeder Deutschlands, Filiale Berlin, erhebt den schärfsten Protest gegen das standalöse Verhalten des DGB, und der Berliner Gewerkschaftskommission gegen die Arbeitslosen am 20. Juni 1921.“

Wohl dieser Bericht den Tatsachen nicht entspricht, sandte der Zentralverband der Dachbeder Deutschlands am 21. Juli an die Redaktion der „Roten Fahne“ folgende Berichtigung: „Wir erlauben gefälligst um Aufnahme einer Berichtigung der in Nr. 326 gedruckten Verammelungsnotiz, da sich der Einsender derselben stark geirrt hat. Als Verammelungsleiter stelle ich fest, daß über die fragliche Resolution überhaupt nicht abgestimmt wurde. Nachdem zwei Redner dafür gesprochen, wurde von einem der Einbringer Schluß der Diskussion beantragt und auch angenommen. Um die Sache zu klären und zum Abschluß zu bringen, waren gerade die Einbringer plötzlich Gegner geworden, indem sie geschlossen gegen eine nochmalige Aussprache in der nächsten Verammlung stimmten.“

S. A. Richard Stolzenhain.“

Bis zum heutigen Tage hat die „Rote Fahne“ eine Berichtigung nicht gebracht. Es scheint ihr doch immer noch recht schwer zu werden, ihren Lesern die Wahrheit zu berichten.

Zum Generalfreik im tschechoslowakischen Berggewerbe.

Der Generalfreik im tschechoslowakischen Berggewerbe, der bereits 5 Wochen dauert, hat sich in den letzten Tagen ungemein verschärft. Der Grund dafür ist die Haltung des Bankenerverbandes, der ein zweites Mal sich geweigert hat, an den durch das Ministerium für soziale Fürsorge in Prag angeführten Verhandlungen teilzunehmen, der aber dafür an die Angestelltenchaft das unerwünschte Versprechen stellte, daß die Dienstprämien, berechneten die tschechische Organisation (Strojens) in den Streik getreten war, von den beiden Arbeitnehmerorganisationen bedingungslos unterzeichnet werden sollte. Abdann wollte der Bankenerverband so gültig sein, die Bedingungen bekanntzugeben, unter denen eine Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden erfolgen könnte. Die Entrüstung, die diese Zumutung auf seiten der Arbeitnehmer auslöste, hat die

Entschlossenheit nur noch gestärkt. Bis jetzt hat es dem Bankenerverband nichts genützt, daß er hinterlistig Telegramme in die Provinz sandte, in denen er mittelte, daß der Streik beendet sei, die Angestelltenchaft müge daher die Arbeit wieder aufnehmen, daß er jungen 18jährigen Angestellten Beiträge von 10 000 Kr., älteren solche bis zu 100 000 Kr. versprochen habe, um sie zum Streikbruch zu verleiten.

An einzelnen Plätzen in der Provinz hat die Arbeiterschaft die wenigen Streikbrecher (2 Prozent) und die Direktoren, die die Kassen offen hielten, aus den Betrieben herausgeholt.

Der Kampf selbst hat die streikenden Angestelltenorganisationen bereits über 2 1/2 Millionen Kronen gekostet. Ein annähernd gleicher Betrag steht noch zu ihrer Verfügung. In Anbetracht dieser Situation haben die in der Bankangestellten-Internationalen zusammengeschlossenen Bankangestellten-Organisationen, nachdem man in der Schweiz, Deutsch-Österreich, Polen und Dänemark in dieser Beziehung bereits vorangegangen ist, allgemein den Beschluß gefaßt, dafür zu sorgen, daß der bewunderungswürdige Kampf der Bankangestellten in der Tschechoslowakischen Republik nicht aus Mangel an Mitteln verloren geht. Aus diesem Grunde veröffentlicht der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten an der Spitze der Nummer 14 seines Verbandsorgans einen einbruchslosen Appell an alle Bankangestellten Deutschlands zur Stärkung des Kampfbonds der streikenden Kollegen. Die gesammelten Geldbeiträge sollen durch Reichsbank-Giro-Konto oder Postkass.-Konto Berlin 83 461 an den Tschecho-Slowakischen Bankverein, Berlin W., Potsdamer Platz 3, „zur Aufsicht auf Betriebsrats-Konto (Reiter)“ übermietet werden, von wo aus die sofortige Weiterleitung nach Prag erfolgt.

Ein arbeiterfreundlicher Unternehmer ist der Firmeninhaber Herr Rannheimer, in Firma James Gutmann, Schönhauser Allee 9. Am 20. d. M. forderte die Arbeiterschaft eine 20prozentige Lohnhöhung auf die bestehenden Löhne in Höhe von 4,80 M. bis 5,90 M. Die Antwort dieses arbeiterfreundlichen Herrn war ein 12stufiges Lohnangebot, d. h. eine Zentrierung der einzelnen Berufsgruppen durch die Firma. Darauf wurde einmütig die Arbeit eingestellt. Nunmehr läßt jene Firma ein Rundschreiben an ihre Kundenchaft herausgeben, worin ihre Arbeiterfreundlichkeit ganz besonders hervorgehoben wird. Weiter erklärt die Firma, daß ihre Löhne weit über die ortsüblichen hinausgehen und daß sie diesen Kampf gegen die Arbeiterschaft durchkämpfen muß, um der geehrten Kundenchaft die bestmöglichen Preise nicht heraufzusetzen. Die Mehrforderung der Arbeiterschaft hätte der Firma eine wöchentliche Mehrbelastung von 250 bis 300 M. gebracht. Das Urteil über die Arbeiterfreundlichkeit überlassen wir der gesamten Öffentlichkeit.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, Zweigverein Groß-Berlin.

Freitag, den 29. Juli 1921, vorm. 10 Uhr:

Mitgliederversammlung der Branche III (Restaurantbetriebe) in der „Harmonie“, Invalidenstr. 1 a. 4. Etage, Zimmer 10. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Sitzungnahme zum neuen Lohnabkommen. 3. Proklamierung. 4. Mitgliedsbuch legitimiert. — Kundendankliche Mitgliederveranstaltung der Branche IV (Cafébetriebe) in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110 (großer Saal). Tagesordnung: 1. Abkündigung des Lohnabkommens und unsere neuen Forderungen an die Unternehmer. 2. Freie Aussprache.

Montag, den 1. August 1921, nachts 12 Uhr:

Branchenversammlung der Branche VII u. 8 (männliches Hilfspersonal und weibliche Angestellte) in den Germania-Sälen, Neue Friedrichstraße 20. Tagesordnung: Stellungnahme zu unseren neuen Lohnforderungen — Allgemeine Mitgliederveranstaltung der Hotel- und Restaurant- und Café-Angestellten, Hotelbetriebe und Zimmermädchen in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den von den Betriebsräten und Vertrauensleuten gefassten Resolutionen in der Arbeitslosigkeit. 2. Unsere Forderungen zum neuen Lohnabkommen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Verband des Schein- und Güterverkehrs. Freitag, 29. Juli, abends 7 Uhr in Schulg. Berlin, am Rühlengarten 2. Gruppe Gemeindefreier: Vorstandsvollversammlung für Groß-Berlin. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Aus aller Welt.

Nonnenplage in Sachsen. Die Nonnenplage für die sächsischen Wälder ist akut geworden und hat in einem Teil Sachsens, besonders in Pirna, außerordentlichen Umfang angenommen. Wie der „Telunion-Sachsendienst“ erfährt, hat in der Nacht zum 17. Juli ein ganz außerordentlich starker Liebesflug weiblicher Nonnenalter aus Böhmen stattgefunden. Die Behörden haben die notwendigen Bekämpfungsmassnahmen eingeleitet. In ganz wenigen Tagen konnten allein im Schönauer Revier über 500 000 Falter gesammelt und vernichtet werden. Die Gefahr ist besonders auch in den Grenzgebieten außerordentlich groß. Von der sächsischen Regierung ist auch veranlaßt worden, daß in den privaten Wäldungen der Kampf gegen die Nonnen aufgenommen wird.

Ein großer Waldbrand in Pommern im nördlichen Teil der Provinz Schonen (Schweden) ist jetzt, nachdem er 14 Tage ohne endgültigen Erfolg bekämpft worden ist, von dem Regen der letzten Tage gelöscht worden. Ein Gebiet von 2250 Hektar ist verheert worden. Viele Menschen sind obdachlos. Eine Hilfsaktion wurde eingeleitet.

Sport.

Riesenmelbesitzer zum Großen Preis von Berlin. Der große Preis von Berlin für Flegler, der am Sonntag im Stadion zum Austrag kommt, hat einen ungeheuren Erfolg gesiegt. 41 Flegler, darunter der bedeutendste Fahrer der Welt, Ernst Krause, Berlin, haben sich in die Melbesitze eingetragen. Neben Kaufmann, welcher die Schweizer Farben vertritt, wird der italienische Weltrichter Reissert die italienischen Farben vertreten. Von deutschen Fahrern haben fast alle von Namen ihre Meldung abgegeben. An der Spitze markiert Blüthgen.

Berichts über den rezent Teil: Dr. Werner Veiter, Schönheitspflege; für Einzelnen: Dr. Gledt, Berlin. Freitag: Heroldstr.-Ring 6. u. 8. Berlin. Druck: Heroldstr.-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 5.

Achtung! Bauarbeiter!

In nachstehenden Bezirksvereinsmeldungen soll der Bericht über unsere Lohnverhandlungen entgegengenommen werden:

Ostern 1. Freitag, 29. Juli, abends 7 Uhr, in der Schulstra. Friedrichsgr. 38.

Norden 1. Freitag, 29. Juli, abends 7 Uhr, in der Schulstra. Grefenb. 20.

Neutölln. Donnerstag, 28. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in der Reviergarten, Kabis orientstr. 2.

Wilmersdorf. Freitag, 29. Juli, abends 7 Uhr, bei Pieper, Osterstr. 6.

Pantow. Freitag, 29. Juli, abends 7 Uhr, bei Wanske, Herthestr. 20.

Gesundbrunn. Donnerstag, 28. Juli, abends 7 Uhr, in der Schulstra. Bringen-Wiese 8.

Eißnerfeld. Freitag, 27. Juli, abends 7 Uhr bei Fietscher, Käsestr. 7.

Niedersdorf. Sonntag, 31. Juli, vorm. 9 Uhr bei Beschin, Sedanstr. 2.

Zur besonderen Beachtung!

Allen Mitgliedern diese zur Kenntnis, daß die am Sonntag, 31. Juli, in den Bezirkskollegen angeordnete Urabstimmung der Demonstration wegen von 8-9 Uhr stattfindet. 144/11

Der Verbandsvorstand.

Dr. med. H. Schmidt, Spezialarzt

Berlin NW 108, Kirchstr. 24 (Sprechstunden II-1, 5-7, Sonntag 10-12), behandelt Syphilis, Geschlechtskrankheiten, sexuelle Schwäche, Frauen- u. Unterleibsleiden nach eigenem bewährten Verfahren auf giftfreie Weise ohne Einspritzung und ohne Berufstätigkeit. Beliebrige Broschüre vollständig diskret ohne jeden Aufdruck kostenlos gegen Rückporto. Leiden angeben. 149/12

Schweißfuß- Leidende sollten nur den antiseptischen Fußpuder „Pfeifferol“ benutzen. Beseitigt den lästigen Schweißgeruch und verhindert Brennen und Wundwerden der Füße. Strohbohne 1,20 und 2 Mark. Reicht mehrere Monate.

Präservativ-Creme „Pfeifferol“ als ideale Mittel gegen Wundlaufen. Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apoth. Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N 56.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend

Trauringe

1 Trauring, Duk. g. von 75 M an
1 „ „ „ „ „ „ „ „ 240 M.
1 Ring, 555 gest. von 60-180 M.
1 Ring, 333 gest. von 25-100 M.

Garantieschein f. gesetzl. Goldinhalt.

Ankauf v. Gold-, Silber-, Platinbruch infolge Selbstverwertung zu dankbar günstigen Preisen!

Brillanten zum Auslandskurs.

H. Wiese, Juwelier, Artilleriestr. 30. Telefon: Norden 1030

Gardinen!

Sonderangebote und Gelegenheitskäufe in Resten Stores, Bettdecken, Madras- und Künstler-Gardinen Spezial-Gardinenwerkst. Neukölln, Bergstr. 67 am Ringbahnhof

Jagdgewehre, Automatische Pistolen usw. Verkauf, Vertausch, Umtausch Gewehr-Garbit

Gustav Rätzel, Berlin Markgrafstr. 50.

Parzellen in Eggensdorf, 15 Minuten vom Bahnhof Strassberg entfernt, zu verkaufen. Kähn & Co. Berlin, Borchstr. 11. Rufz. 2863

NEVEN & CO.

Spezialhaus für Holz-Aufwaschtische Marmor-Waschtische Bade-Einrichtungen Sanitäre Steingutwaren

Berlin C 19 Untergrundbahnhof Wallstr. 25 Splittelmart-Inselbrücke

Metal-Bettstellen

Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel

Fürst, Neukölln

Hermannstr. 38 Ecke Mahlower Str. Fabrikpreise Listerung frei Haus Fabrik L. Ruhbedten, Aufseestraße u. Feldbettstellen